SOZIALWAHLEN

Abnicker ohne Einfluß

Kaum einer weiß, was da gewählt wird, nur wenige machen mit: Die Sozialwahlen sind eine – allerdings sehr kostspielige – Farce. Sie gaukeln Demokratie vor und dienen doch nur den Reformbremsern als Spielwiese. Kritiker des Systems haben keine Chance.

Der Wahnsinn hat eine eigene Postleitzahl. „11534 Berlin“ steht auf den pastellroten Briefumschlägen, die an den Wahlausschuß der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA) adressiert sind.

Jeden Tag kommt im Schnitt mindestens eine Lkw-Ladung davon in der Hauptstadt an. Den üblichen Posteingang der obersten Rentenverwalter hätte der Papierberg hoffnungslos überlastet.

Alle sechs Jahre leistet sich die Republik ein gigantisches Spektakel. 47 Millionen Bürger – 29 Millionen Renten- und 18 Millionen Krankenversicherte – haben Mitte April Wahlunterlagen von ihrer Kasse im Briefkasten gefunden. Sie sollen darüber mitbestimmen, wer sie in der Selbstverwaltung ihrer Versicherung vertritt. Es sind wieder Sozialwahlen, aber keiner weiß so recht, warum.

Fest steht nur der Preis. 110 Millionen bis 120 Millionen Mark verschlingt die Mammutaktion, soviel wie ein kleines Krankenhaus kostet. Stimmzettel drucken, Briefe versenden, Broschüren verteilen, Fernseh-Spots schalten: Allein 69 Millionen Mark gibt die BfA, also die Gemeinschaft der Beitragszahler, für das Projekt aus. Damit sind die Sozialwahlen ähnlich teuer wie eine Bundestagswahl; die letzte im vergangenen September kostete weit über 100 Millionen Mark.

Der Unterschied: An der Bundestagswahl nehmen die meisten Wahlberechtigten teil – den Sozialwahlen bleiben die meisten fern. Statt in den Briefkasten werfen sie ihren Stimmzettel gleich in den Papierkorb. Das ist vielleicht auch besser so. Denn wen sollen sie wählen? Und worum geht es überhaupt?

Auf den Stimmzetteln finden sich lediglich Listen von Gewerkschaften und anderen Arbeitnehmerorganisationen, die Kandidaten bleiben im Hintergrund. Zwar mögen die meisten Wahlberechtigten von der IG Metall oder vom Deutschen Beamtenbund eine gewisse Vorstellung haben. Wofür aber steht zum Beispiel die Komba-Gewerkschaft für den Kommunal- und Landesdienst? Und was verbirgt sich hinter der Freien Liste Hirrlinger/Laschet?

Kein Wunder also, daß 1993 die Wahlbeteiligung nur bei rund 40 Prozent lag. Diesmal sieht es nicht besser aus: Von den 29 Millionen Versicherten, die zum Beispiel die BfA angeschrieben hatte, haben bislang 9 Millionen den Wahlbrief zurückgeschickt. Am Ende werden es wohl kaum mehr als 11 Millionen sein.

Der Ausgang der Wahl hat für die Versicherten sowieso prak-

P. LANGROCK / ZENIT

Zentrale der Bundesversicherungsanstalt in Berlin, Werbekampagne: *Blockierte Reformen*

tisch keine Relevanz. Denn die Gremien, die hier mit ungeheurem Aufwand entstehen, haben nichts zu melden. „Die Selbstverwaltung ist nur noch Staffage“, kritisiert der Speyerer Verwaltungswissenschaftler Detlef Merten.

Da mag der Slogan „Sozialwahl ’99 – Richtig. Wichtig.“, den die Werbeagentur Scholz & Friends für die Kampagne erfunden hat, zwar Bedeutungsschwere suggerieren. Passender wäre jedoch eher: „Sozialwahl ’99 – Völlig nichtig.“

Gerade zweimal im Jahr trifft sich zum Beispiel die Vertreterversammlung der BfA. Das sind jeweils 30 ehrenamtliche Vertreter von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, viele von ihnen haben schon das reifere Alter erreicht. Vor der Pensionierung waren sie zum Beispiel als Gemeindedirektoren oder als Altenheimleiter tätig.

Es kann kaum das Geld sein, das sie in die Selbstverwaltung lockt. Abgesehen von den Fahrtkosten, erhalten sie nur eine magere Aufwandsentschädigung von 100 Mark pro Sitzung, und die ist sogar auch noch steuerpflichtig.

Eher mag Prestige eine Rolle spielen. Verbände vergeben solche Posten vorzugsweise an altgediente Funktionäre.

Hier können sie auch nach ihrer aktiven Zeit weiter mitmischen auf einer Position, die zumindest den Anschein erweckt, Einfluß auszuüben.

Schließlich gehört es zu ihren Aufgaben, den Vorstand zu wählen und zu entlasten, den Haushaltsplan zu verabschieden oder eine Satzungsänderung zu beschließen. Das klingt richtig wichtig, ist es aber nicht: Nie kommt es in der Selbstverwaltung zu Debatten oder gar Kontroversen. Alles verläuft harmonisch, das oberste Prinzip heißt Konsens.

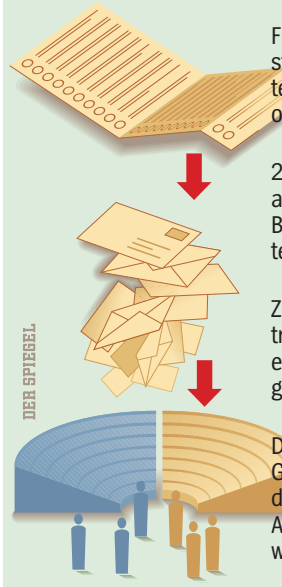
Auf die wirklich wichtigen Entscheidungen haben die Abnicker keinerlei Einfluß. Die Höhe der Beitragssätze, eine neue Rentenformel oder die Zahl der Ausbildungsjahre, die auf die Rente angerechnet werden – solche Dinge zu regeln ist allein dem Bundestag vorbehalten.

Zwar behauptet die BfA in ihrem Merkblatt an die Versicherten, die Selbstverwaltung treffe Entscheidungen, „die Ihre persönliche und soziale Sicherheit betreffen“ – merkwürdig nur, daß man in den Jahren zwischen den Sozialwahlen davon nichts spürt.

Großer Aufwand – kleine Mitbestimmung

Sozialwahlen finden bundesweit alle sechs Jahre statt. Nur bei 14 von 814 Sozialversicherungsträgern – die allerdings den größten Teil der Versicherten stellen – findet ein Wahlgang statt. Vor allem die kleinen Kassen sowie fast alle AOK-Verbände haben sich schon im Vorfeld auf Kandidaten geeinigt.

Beispiel: Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA)



Für die Vertreterversammlung der BfA stellen sich 22 Listen zur Wahl, darunter Gewerkschaften wie die IG Metall oder die DAG sowie Freie Listen.

29 Millionen Rentenversicherte sind aufgerufen, sich bis zum 26. Mai per Briefwahl an der Abstimmung zu beteiligen.

Zu 30 gewählten Versichertenvertretern kommen in der Versammlung ebenso viele Vertreter der Arbeitgeberseite hinzu.

Die Versammlung wählt Vorstand und Geschäftsführung. Hauptaufgabe ist die Verabschiedung des Haushalts. Ansonsten hat die Versammlung nur wenig Kompetenzen.

DER SPIEGEL

BILDARCHIV DER BFA

BfA-Vertreterversammlung: *„Nur noch Staffage“*

Von „Wahlen“ zu sprechen ist ohnehin maßlos übertrieben. Nur bei 14 von mehr als 800 Versicherungsträgern kommt es zu einer regelrechten Wahlhandlung. Alle anderen Kassen haben sich im Vorfeld bereits darauf geeinigt, nicht mehr Kandidaten aufzustellen, als Plätze vorhanden sind; damit gelten sie automatisch als gewählt.

Auf diese seltsame Weise kommen sämtliche Posten auf Arbeitgeberseite zustande. Auch die AOK schwört auf dieses Verfahren: Bis auf Rheinland-Pfalz wurden die Listen der Ortskrankenkassen vorab ausgekungelt.

„Friedenswahl“ nennt sich das groteske Prozedere, das in den vergangenen Jahren immer häufiger angewendet wurde. Die Wahlordnung umschreibt diesen Vorgang in verquerer Juristenlogik als „Wahl ohne Wahlhandlung“ – auf gut deutsch: eine abgekartete Sache.

Die „Herrschaft der Verbände“, vor der Politologe Theodor Eschenburg schon 1955 warnte – in der Selbstverwaltung blüht und gedeiht sie weiter. Mit solchem Korporatismus ist freilich kein Staat mehr zu machen, schon gar kein Sozialstaat für das kommende Jahrhundert.

Die Programme der einzelnen Listen unterscheiden sich kaum voneinander. Alle beharren auf dem Status quo, keiner will seine Besitzstände aufgeben.

Überall ist von „Beibehaltung der Gliederung der deutschen Sozialversicherung“ die Rede oder von der „Erhaltung der guten und bewährten Organisation der BfA“. Die Gewerkschaft der Sozialversicherung bekennt sich tapfer zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Selbst der Verband weiblicher Arbeitnehmer blickt lieber zurück auf den „Mut der Gründerfrauen“, statt etwa eine stärkere Berücksichtigung von Kindererziehungszeiten zu fordern.

Und die IG Metall weitet ihren grenzenlosen Fürsorgedrang sogar auf Verstorbene aus: „Das Solidarprinzip gewährleistet, daß auch unvorhersehbare Schicksale wie Invalidität und Tod die Betroffenen nicht ins soziale Abseits treiben.“

Das ist unfreiwillig komisch, tatsächlich aber ziemlich traurig. Keinen einzigen Gedanken verschwenden die Reformbremser über die tatsächlich entscheidenden Fragen: Wie kann sich die Rentenversicherung auf eine Gesellschaft einstellen, die immer älter wird? Welche Bedeutung hat in Zukunft die private Vorsorge für die Versicherten? Vor allem: Wie kann die Selbstverwaltung mit den Beitragsmitteln sparsamer wirtschaften?

Regelmäßig moniert der Prüfdienst des Bundesversicherungsamts in seinen Jahresberichten, daß viele Krankenkassen allzu locker mit Geld umgingen. Vorständen seien zum Beispiel Gehälter weit über der vereinbarten Grenze von 200 000 Mark zugestanden worden.

Der Bundesrechnungshof verlangt sogar einen völligen Umbau des Systems der Rentenversicherung: Die Zahl der Landesversicherungsämter solle von heute 23 auf 6 verringert werden, empfehlen die Kassenprüfer in einem Gutachten, Sonderkassen wie die Bundesknappschaft für Seeleute oder die Bahnversicherungsanstalt könnten in der BfA aufgehen. Damit würden 20 Selbstverwaltungsorgane überflüs-

sig, die Verwaltung könnte jährlich mindestens 700 Millionen Mark sparen.

Wenn wundert's, daß solche Vorschläge bei den Selbstverwaltern keine Resonanz finden. Trotzig behaupten sie, „Anwalt aller Versicherten" zu sein, so Lutz Freitag, Sozialexperte der Deutschen Angestellten Gewerkschaft und Spitzenkandidat bei der BfA – und betrachten sich damit als unentbehrlich.

„Das ist Humbug", ärgert sich Michael Schlenger, Sozialversicherungsreferent beim Bund der Steuerzahler. „Dazu hat die Selbstverwaltung als Kontrollorgan zu oft versagt."

Von solcher Kritik lassen sich die Funktionäre nicht verunsichern. Immerhin sind sie gewählte Vertreter, die Sozialwahlen dienen ihnen letztlich dazu, ihre Existenz als Bewahrer der tradierten Ordnung zu legitimieren.

Für neue Ideen bleibt da kein Platz. Der Münchner Rechtsanwalt und FDP-Politiker Clemens Freiherr von Taube hatte Ende vergangenen Jahres doppelt so viele Unterschriften gesammelt wie notwendig sind, um in Bayern mit einer Freien Liste bei den AOK-Wahlen anzutreten. Trotzdem ist er gescheitert.

Die AOK Bayern scheute keinen Aufwand, befragte mehr als 1000 Unterzeichner und fand endlich einen formalen Fehler: Die Initiatoren der Freien Liste hätten den Unterzeichnern die komplette Vorschlagsliste, also auch die Namen und Anschriften der Bewerber der anderen Listen, vorlegen müssen. Das aber sei vielfach nicht geschehen, hätten die Befragungen ergeben.

Nun ist in Bayern der Weg wieder frei für die pseudodemokratische Friedenswahl. „Was jetzt stattfindet, ist ein Kasperltheater", wettert der ausmanövrierte Rechtsanwalt Taube.

Sozialwahl '99 – Richtig? Wichtig? Die Internet-Surfer, die auf der Seite „www.sozialwahl.de" der BfA ihre Meinung äußern können, haben darauf jedenfalls eine klare Antwort.

Sozialwahlen seien „ebenso überflüssig wie bunte Heftpflaster, Autozierleisten oder gelbe Knallfrösche", schreibt einer. Ein anderer fühlt sich an die DDR-Volkskammerwahlen erinnert. „Warum wird das Geld für solche Sinnlosigkeiten verpulvert?" fragt er entsetzt.

Ein dritter Diskutant schlägt scherzhaft vor, über ein Finanzparlament nachzudenken, in das sich Steuerzahler wählen lassen sollten. An den Steuersätzen oder der Steuerpflicht dürften sie zwar nichts ändern, aber dafür steige das „enorm wichtige Gefühl der Illusion, entscheidend mitbestimmen zu können", kommentiert er sarkastisch.

Wenn das erreicht sei, fehle nur noch eines – „das Mitbestimmungsrecht für Schafe, die Anregungen für die Organisation des Schlachthofes geben wollen".

ALEXANDER JUNG

W. v. BRAUCHITSCH

Konzernlenker Hartmann: *Was nicht mehr paßt, wird verkauft*

MANAGER

„Strategie mit Schleifen"

Veba-Chef Ulrich Hartmann plant einen rigorosen Umbau des Konzerns. Das Konglomerat wird auf das Kerngeschäft zurückgestutzt.

Die kleine Runde von Managern, die Ulrich Hartmann vor einigen Tagen zu einem „streng vertraulichen Strategiegespräch" gebeten hatte, staunte nicht schlecht: Mit dem Verkauf der Telefontochter Otelo, verkündete der Veba-Chef seinen Kollegen, habe der Konzern das Schlimmste überstanden. Jetzt gelte es, die alte Dame auf neuen Kurs zu bringen – „schnell und konsequent".

Der Plan, den Hartmann seinen Spitzenmanagern erläuterte, ist gewagt – für ihn und für die Veba. Denn vom immerhin viertgrößten Industriekonzern Deutschlands wird nicht viel übrigbleiben, wenn sich der 60jährige Konzernlenker mit seinen Vorstellungen in wenigen Wochen im Aufsichtsrat durchsetzen sollte.

Im Kern ist Hartmanns „Zukunftsplan" eine Schrumpfkur, wie sie in Deutschland kaum ein anderer Spitzenkonzern jemals vollzogen hat. „Auf lediglich zwei Kerngeschäftsbereiche" will der gelernte Jurist den gewaltigen Veba-Konzern mit seinen rund 40 Geschäftsfeldern und den knapp 84 Milliarden Mark Umsatz in den nächsten Jahren zusammenstutzen.

Ein Energieversorger von Weltformat soll die Veba werden, modern und dienstleistungsorientiert. Die Vision Hartmanns geht weit über die Strukturen der heutigen Stromtochter PreussenElektra hinaus: Alle wichtigen Basisdienste für Haushalte und Unternehmen wie die Versorgung mit Energie, Gas, Öl oder Wasser soll der künftige Konzern übernehmen. „Eine – wenn nicht die – europäische Spitzenposition", so Hartmann, strebe er an.

Auch die Chemie-Sparte mit ihrer Tochter Degussa-Hüls will der Veba-Chef als zweites Standbein „erhalten und weiter ausbauen".

Alle anderen Bereiche, vom milliardenschweren Ölgeschäft über den Handel bis hin zur Zukunftssparte Telekommunikation oder Elektronik, sollen dagegen rigoros überprüft und zusammengestutzt werden. Was nicht ins neue Konzernbild paßt, so der Veba-Chef zu seinen Kollegen, wird „in den nächsten Monaten und